



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2016 war durch einen populistischen Politikstil geprägt, der gefühlte Wahrheiten über Fakten stellt. Hier brauchen wir nicht auf die „Brexit“-Befürworter und die Trump-Wähler zu zeigen, die passenden Beispiele bekamen wir 2016 auch bei Wahlen in einigen deutschen Bundesländern geliefert. Auch die bayerische Regierungspartei spielt mit den nicht immer erklärbaren Verlustängsten vieler Mitbürger.

Mein guter Vorsatz für 2017 soll sein, hier entschieden entgegenzutreten. Mit Vernunft als Basis, Klarheit in der Aussage und dem Einsatz für ein solidarisches Miteinander als Leitbild!

Ich würde mich freuen, wenn Sie mich auch weiterhin dabei begleiten und unterstützen. Zuvor wünsche ich Ihnen erholsame Feiertage und einen guten Start in ein neues Jahr mit alten und neuen Herausforderungen, ganz sicher aber mit neuen Chancen!

Ihre, *A. Weikert*



Empfang für haupt- und ehrenamtlich Aktive in der Flüchtlingsarbeit im Nürnberger Land

Über 80 haupt- und ehrenamtlich Aktive in der Flüchtlingsarbeit aus dem Nürnberger Land sind meiner Einladung in das Schwaiger Schloß Anfang November gefolgt. Der Empfang war für mich ein Anlass, um Danke zu sagen. Danke für das herausragende Engagement in der Flüchtlingsarbeit im Nürnberger Land im letzten Jahr.

Viele Ehrenamtliche hatten sich damals zu Asylhelferkreisen zusammengeschlossen und sich um die Anliegen der Ankommenden gekümmert. Bis heute unterstützen sie gemeinsam mit den Hauptamtlichen die neuen Mitbürger bei der Alltagsbewältigung, Behördengängen und beim Erlernen der deutschen Sprache. Dieser außergewöhnliche und nicht selbstverständliche Einsatz verdient Respekt und Anerkennung.



©Fotos von SanHi Photography

„Praxistag bei der Polizei“ – SPD-Abgeordnete besuchen bayernweit ihre Polizeiinspektion im Stimmkreis

Die SPD Landtagsfraktion rief im Oktober bayernweit einen „Praxistag bei der Polizei“ aus. An diesem Tag besuchten die Abgeordneten der SPD Landtagsfraktion in ihren Stimmkreisen die Polizeiinspektionen (PI) vor Ort, um sich ein Bild zu machen. Als Abgeordnete des Nürnberger Ostens stattete ich der PI in Erlenstegen einen Besuch ab. Das Einsatzgebiet mit 39 km² und 168.000 Einwohnern entspricht nahezu meinem Stimmkreis nur dass Fischbach, Brunn und Birnthon mittlerweile der PI Süd angehören. Eine Besonderheit der PI Ost ist, dass ihr die Zentrale Diensthundestaffel für Mittelfranken zugeordnet ist.



Neben der Sicherheit im Stadtgebiet sind die Polizeibeamten aus Erlenstegen auch für den Wöhrder See, die Israelitische Kultusgemeinde und die Brennpunkte im Discoareal Klingenhof und an der Regensburger Straße zuständig. So unterschiedlich diese Orte sind, so unterschiedlich sind auch die Herausforderungen, auf die die Beamtinnen und Beamten in ihrem Dienst treffen.

Die Leute sind diskussionsfreudiger geworden und hinterfragen häufiger erst die polizeiliche Maßnahme bevor ihr gefolgt wird. Vor allem unter Einfluss von Alkohol sinkt die Hemmschwelle und steigt die Konfrontationsbereitschaft. Umso mehr wird bei der Ausbildung der jungen Polizeianwärter neben der sportlichen Fitness und psychische Belastbarkeit auf soziale Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit Wert gelegt.

Es ist besonders positiv hervorzuheben, dass der Polizeiberuf immer noch sehr beliebt ist und es genügend Bewerberinnen und Bewerber auf freie Stellen gibt. Allerdings fehlt es an der finanziellen Ausstattung durch die Staatsregierung, mehr Stellen zu schaffen, um auch die akute Unterbesetzung in den Dienststellen aufzufangen. Die SPD-Fraktion hat für den Doppel-

haushalt der Jahre 2017 und 2018 wieder eine Reihe von Anträgen eingereicht, um die Personalsituation bei den Einsatzkräften und den Büromitarbeiterinnen und -mitarbeitern zu verbessern. Ich danke der Polizeiwache Nürnberg-Ost für den interessanten Einblick in ihre Arbeit und ihren Einsatz für unsere Sicherheit!

Landtagsfahrt im Herbst: Für meine Besuchergruppe wieder ein besonderes Erlebnis

Es ist gute Tradition, dass die Mitglieder des Bayerischen Landtags Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Stimmkreis ins Maximilianeum einladen und ihnen so einen direkten Einblick in die Aufgaben und die Arbeitsweise des Parlaments geben können.

Der Einladungskreis bestand dieses Mal zum Großteil aus Selbstaktiven, die sich mittelfrankenweit in Selbsthilfegruppen engagieren. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass durch die Mithilfe von kiss.nürnberg, der Kontakt- und Informationsstelle Selbsthilfegruppen Mittelfranken e.V. (<http://www.kiss-mfr.de>), viele von ihnen meine Einladung bekommen und das Angebot wahrgenommen haben. Gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus meinem Stimmkreis und Gutscheingewinnern war die Besuchergruppe komplett. Ganz besonders hat es mich gefreut, dass zwei - mittlerweile anerkannte - Flüchtlinge aus Aleppo mitgefahren sind und die Möglichkeit genutzt haben, die praktische Seite unserer Demokratie direkt vor Ort mitzuerleben.

Nach einer Stadtführung durch den Altstadt kern und die Residenz standen der Besuch einer Plenarsitzung sowie ein Film über die Geschichte des Hauses und den Aufbau unseres Parlaments auf dem Programm. In der Gesprächsrunde, für mich persönlich immer der Höhepunkt, wurden diesmal, neben Fragen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, hauptsächlich Anliegen aus dem vielfältigen Themenspektrum der Selbsthilfegruppen an mich herangetragen. Lücken bei der Barrierefreiheit, ein Mangel an Therapieangeboten sowie fehlende Mitbestimmungschancen beschäftigen meine Gäste sehr. Wo dies möglich ist, werde ich versuchen mich politisch stark zu machen und einen Beitrag zur Verbesserung zu leisten.



Das Bayerische Integrationsgesetz der Staatsregierung ist mehr als umstritten!

Bayern braucht ein Integrationsgesetz – aber nicht das handwerklich mangelhafte und diskriminierende Leitkulturgesetz, das Staatsregierung und CSU durchs parlamentarische Verfahren gedrückt haben. Das sehe nicht nur ich so, sondern auch sämtliche Expertinnen und Experten, die ihre Kritik unter anderem in einer Fachanhörung im Sozial- und Verfassungsausschuss geäußert hatten.

Der Jurist **Prof. Andreas Funke** erklärte: "Ein Gesetz, das sich einer derart drohenden Wortwahl bedient, habe ich lange nicht mehr gelesen." Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Integrationsbeiräte Bayerns, **Mitra Sharifi-Neystanak**, meinte: "Der Ton dieses Gesetzentwurfes stößt Migranten vor den Kopf und stellt sie unter Generalverdacht." Ähnlich äußerte sich **Dr. Rainer Oechslen** (Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern), der kritisierte, dass Migranten im vorliegenden Entwurf fast ausschließlich als "Problem" und nicht als "Bereicherung" angesehen werden. Und **Simone Fleischmann**, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, bemängelte, dass der Text "den Aspekt der Abschreckung" unverhältnismäßig stark betone, während sämtliche Integrationsangebote pauschal unter Haushaltsvorbehalt gestellt würden.
(aus einer Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 29.09.16)

Meine Fraktion hat dem Gesetzentwurf einen umfassenden Änderungsantrag entgegengesetzt. In den Ausschussverhandlungen wurden unsere Verbesserungsvorschläge abgeschmettert. Es wurde mehr als deutlich, dass die Staatsregierung und die Mehrheitspartei nicht an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert sind. Wir machten unsere Ablehnung mittels „Filibuster“ deutlich und zwangen die CSU in eine kräftezehrende Plenardebatte. Letztendlich konnten wir die Verabschiedung des „Leitkulturgesetzes“ nur verzögern, nicht verhindern

Unsere Linie bleibt klar: Wir wollen das gesellschaftliche Miteinander in Bayern stärken, statt unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen und auszugrenzen. Wir vertreten eine Integrationspolitik auf Augenhöhe, die klare Regeln formuliert, aber auch faire Chancen ermöglicht. Besonders wichtig ist uns dabei, dass für uns die Werte, Grundrechte und Grundpflichten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung die Basis für ein gutes Zusammenleben darstellen – und nicht der diffuse und abgrenzende Kunstbegriff „Leitkultur“.



Der Freistaat muss seine Integrationsaufgabe anerkennen und verlässliche Angebote für Bildungs- und Integrationsmaßnahmen bereitzustellen und verbindliche Mitsprachemöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten eröffnen. Ich setze mich vehement dafür ein, dass dieses Ziel verwirklicht wird!

Bericht der Staatsregierung zum Bauskandal des Strafjustizzentrums in Nürnberg liegt vor

Im Frühjahr wurde bekannt, dass bei den Bauarbeiten am Nürnberger Strafjustizzentrum Bauarbeiter nicht nur um ihren Lohn geprellt wurden, sondern auch auf der Baustelle in Containern untergebracht waren, ohne dass zeitnah dagegen eingeschritten wurde. Der Bericht der Staatsregierung, den ich kurz nach Bekanntwerden des Skandals angefordert habe, liegt nun vor. Die Antwort macht deutlich, dass wir eine striktere Kontrolle brauchen und Vergehen schärfer bestraft werden müssen. Hier ist die Staatsregierung gefordert. Denn solche Zustände sind bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen definitiv nicht hinnehmbar!

Ein Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz ist längst überfällig. Die Staatsregierung schiebt die Verantwortung bislang allein an den Bund weiter, statt sich durch ein Tariftreue- und Vergabegesetz die Möglichkeit zu geben, selbst die Einhaltung von Tarif- und Mindestlöhnen bei Aufträgen des Freistaats zu kontrollieren. Ich werde nicht locker lassen und mich weiter für ein entsprechendes Gesetz stark machen!

Die Arbeit von JADWIGA in Nürnberg ist bemerkenswert und wichtig!

JADWIGA Fachberatungsstellen gibt es in München und in Nürnberg. Ich habe die Mitarbeiterinnen in Nürnberg besucht und mich über JADWIGA informiert.

JADWIGA ist ein Projekt unter dem Dachverband "STOP dem Frauenhandel". JADWIGA berät und unterstützt Frauen und Mädchen, die Opfer des internationalen Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, Arbeitsausbeutung oder denen Zwangsheirat droht. Die Sozialarbeiterinnen sind Anlaufstelle und Kontaktpersonen für Mädchen und Frauen, die als Opfer von Menschenhändlern wie Ware gehandelt wurden. Nicht vorzustellen, welche schlimmen Geschichten die oft auch jungen Frauen erlebt haben.



Wenige Frauen suchen allerdings aus eigenem Antrieb die Beratungsstelle auf, weshalb die Sozialarbeiterinnen in Frauencafés in Flüchtlingsunterkünften oder durch die intensive Netzwerkarbeit mit der Polizei, Ärzten, Sozialämtern, etc. auf ihre Arbeit aufmerksam machen und ihre Hilfe anbieten.

In Nürnberg sind besonders Frauen aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien von Zwangsprostitution betroffen. Auch die Fälle von Flüchtlingsfrauen, die zwangsverheiratet nach Deutschland einreisen oder denen Zwangsheirat droht, nehmen zu. Weiter sind speziell in Nürnberg nicht wenige Fälle bekannt, in denen äthiopische Frauen als Arbeiterinnen in die Arabischen Emirate vermittelt, dort aber versklavt und um ihren Lohn betrogen wurden. JADWIGA leistet hier großartige Aufklärungsarbeit.

Im Jahr 2015 hat JADWIGA in Nürnberg insgesamt 178 Fälle betreut und die Frauen aus ihrer Notsituation befreit. In Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen sind die Mitarbeiterinnen in Nürnberg für den nordbayerischen Raum zunehmend als Expertinnen gefragt. Das Engagement der Sozialarbeiterinnen verdient großen Respekt und Anerkennung.

Für mich persönlich ist es ein großes Anliegen, mich für die Rechte der Frau einzusetzen. Auch in Zukunft werde ich die wertvolle Arbeit von JADWIGA unterstützen.

Wer sich näher über die Arbeit von JADWIGA informieren möchte, kann sich auf der Homepage www.jadwiga-online.de/ umsehen.

Besuch bei der Caritas im Nürnberger Land!

Als Betreuungsabgeordnete für den Landkreis Nürnberger Land habe ich der Caritas vor Ort einen Besuch abgestattet. Auf dem Programm stand zuerst die Migrationsberatungsstelle für Erwachsene in Lauf und anschließend die Tagespflege St. Bonifatius in Röthenbach.

Im Gespräch mit der Einrichtungsleitung und den Mitarbeitern der Migrationsberatungsstelle in Lauf wurde vor allem deutlich, dass die momentane personelle und finanzielle Ausstattung den steigenden Beratungsbedarf nur unzureichend deckt. Grundsätzlich sind diese Migrationsberatungsstellen für Menschen aus dem EU-Ausland und für Menschen, die vor dem Hintergrund der EU-Freizügigkeit nach Deutschland gekommen sind, zuständig. Seit 2015 werden dort aber auch im großen Umfang anerkannte Flüchtlinge beraten. Denn durch die Abarbeitung von Asylanträgen und den Auszug von Asylbewerbern aus den Gemeinschaftsunterkünften, wechselt die Zuständigkeit für die Beratung der Flüchtlinge von der Asylsozialarbeit auf die Migrationsberatungsstellen.

Durch eine Ausnahmegenehmigung ist es Asylsozialberatern derzeit gestattet, ihre bisherigen Klienten auch nach Abschluss des Asylverfahrens weiter zu beraten. Alle Beteiligten befürworten diese pragmatische Lösung, da andernfalls auf der einen Seite Mitarbeiter entlassen werden und auf der anderen Seite Kapazitäten aufgebaut werden müssten.



Das Problem existiert in ganz Bayern, weshalb ich dafür plädiere, dass die Ausnahmegenehmigung verlängert wird und sich die beiden Fachbereiche Asylsozialarbeit und Migrationsberatung auch in Zukunft gegenseitig unterstützen dürfen. Zudem setze ich mich dafür ein, dass eine langfristige Finanzierung durch Bund und Land den Trägern für den Ausbau der Beratungsstellen Planungssicherheit gibt.

v.li. Michael Groß, Angelika Weikert, Wolfgang Würker und die Migrationsberaterin Grazyna Jahn